

tung. Text und Diskussion reichten von theologischen Überlegungen bis zu Anliegen, die man wohl besser in der Pfarrei als in einer Synode vorgebracht hätte. Die Diskussion zeigte eher Zurückhaltung in Fragen des *Taufaufschubes*. Man überlegte teilweise, ob die Firmung als Sakrament des „mündigen Christen“ eher auf das Erwachsenenalter zurückzuverlegen sei und ob eine vermehrte Firmspendung durch Nichtbischöfe zu befürworten sei. Dabei wurde beispielsweise auch die Frage aufgeworfen, ob Firmung und Erstkommunion an Kinder von Ausländern zusammen mit den übrigen Schülern in der Pfarrei (Wunsch der Kinder), im besonderen Gottesdienst der betreffenden Volksgruppe (z. B. Italiener-Gottesdienst, Wunsch der Eltern) oder in ihrer Heimat (Wunsch der Großeltern) zu bevorzugen sei. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Erstkommunion und das Verhältnis Erstbeicht — Erstkommunion spielte eine bedeutende Rolle. Stark diskutiert wurde der Abschnitt „Sonntägliche Zusammenkunft“. Die Vorlage geht von folgendem Grundsatz aus: „Die Gemeinde feiert am Herrentag in der Eucharistie die Opfergeschehnisse. Der einzelne Gläubige hat das vernünftig Mögliche zu tun, um sich mit den Mitchristen regelmäßig zusammenzufinden, wobei er sein Handeln vor Gott und der Gemeinschaft verantworten muß.“ Dann werden einige Überlegungen angefügt, die beim Gewissensentscheid zu berücksichtigen sind. Dazu wurde in einigen Synoden betont, daß man an *Sonntagsgebot* und Gottesdienstverpflichtung unbedingt festhalten müsse.

Empfehlung und Förderung der *Einzelbeicht* in Richtung auf ein Beichtgespräch als auch Aufwertung des *Bußgottesdienstes* sind im vorgelegten Text enthalten. Die Bischöfe werden darin gebeten, sich dafür zu verwenden, daß der Bußgottesdienst „als gleichberechtigte sakramentale Form der Buße neben der Einzelbeicht seinen Platz findet“.

Der Abschnitt über die Krankensalbung will der überarbeiteten Ordnung der Krankenliturgie zum Durchbruch verhelfen. Die Diskussion darüber muß eher als bewußtseinsbildender Vorgang denn als originelle Neubesinnung betrachtet werden. Damit können Synoden die den früheren Synoden bekannte Funktion ausüben, gesamtkirchliche Regelungen in die lokalkirchliche Praxis überzuführen.

Die Vorlage schließt mit dem Abschnitt „Traditionelle und moderne Ausdrucksformen religiöser Haltung“. Dieser Teil reicht von magischen Gefahren mancher traditioneller Frömmigkeitsformen bis zur Erwähnung der modernen Pfingstbewegung. Es scheint, daß diesem Abschnitt in der Diskussion nicht so viel Zeit gewidmet wurde, als eigentlich erforderlich wäre. Man hätte sich wohl mit den Phänomenen, die für viele Gläubige eine wichtige Rolle jenseits von der rational geplanten liturgischen Erneuerung spielen und die zugleich für die Polarisierung in der Kirche von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, eingehender befassen müssen.

Schwierige Koordinationsaufgaben

Das Bild der Synoden in der Schweiz wird immer bunter: Rhythmus und Interesse in den einzelnen Vorlagen sind verschieden. Dies hat zu verschiedenen Forderungen an die kommenden gesamtschweizerisch zu erarbeitenden Vorlagen geführt. Die schweizerische Koordinationskommission wird damit vor nicht leicht zu bewältigende Probleme gestellt sein. Zudem macht sich in einzelnen Synoden immer wieder Skepsis bemerkbar, wenn Beschlüsse gefaßt werden müssen, einzelne Themen einer gesamtschweizerischen Synodenversammlung zur Verabschiedung zu überweisen. Trotzdem ist der Wille zur Zusammenarbeit noch immer lebendig. Die nächste gesamtschweizerische Sitzung ist für den 16./17. Februar 1974 vorgesehen.

Kurzinformationen

Das Schwergewicht der *Ansprachen Papst Pauls VI. zu Weihnachten und zur Jahreswende* lag auch dieses Jahr auf dem Thema Friede. Nur die *Homilie in der Mitternachtsmesse*, die dieses Jahr zum erstenmal wieder in St. Peter, nicht, wie üblich, in der Sixtinischen Kapelle ausschließlich vor dem Diplomatischen Corps gefeiert wurde, und in der *Weihnachtsbotschaft vor dem Segen Urbi et Orbi* (vgl. *Osservatore Romano*, 25./26. 12. 73) behandelte der Papst rein religiös-kirchliche Themen. In letzterer stellte er dem Menschenbild des modernen Huma-

nismus („der strategische Punkt der ideologischen Diskussion“), der in einer Art kosmischer Utopie aus dem Menschen „den Gott des Menschen“ mache, dessen Erlösungsbedürftigkeit gegenüber. Der Mensch bedürfe wesentlich einer Neuerung, einer Rehabilitation, einer neuen Fülle, einer Vervollkommnung und eines neuen Glücks. Darin bekunde sich sein grundlegendes Bedürfnis nach einem Erlöser. Die Kerngedanken zum Thema Frieden finden sich in der *Botschaft zum Weltfriedenstag* (vgl. *Osservatore Romano* 10./11. 12. 73), der gesamtkirchlich immer

noch am 1. Januar, in Deutschland aber am zweiten Sonntag im Januar gefeiert wird. Angesichts großer internationaler Konflikte, unversöhnlicher Klassenkämpfe, revolutionärer Explosionen und Verletzungen der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten und angesichts „plötzlicher und unerwarteter Symptome von Mangelercheinungen in der Weltwirtschaft“ warnte der Papst vor einer „Demolierung“ der Friedensidee, vor einer neuen „Ernüchterung“, die da heiße: der Friede sei zwar ein großartiges Konzept, eine ausgezeichnete Synthese menschlicher Aspirationen, aber eben doch eine in die Irre führende Utopie, eine berauschende, aber kräfteverzehrende Droge. Demgegenüber erklärte der Papst: Der Friede könne keine Utopie sein: „Die Gewißheit des Friedens besteht nicht nur im (Verwirklicht)sein, sondern im Werden. Wie das Leben des Menschen ist er ein dynamischer Prozeß.“ Der Friede müsse nicht nur erhalten, sondern erzeugt werden. Er sei nur möglich, wenn er als Verpflichtung, und zwar eines jeden einzelnen je nach Verantwortungsbereich verstanden werde. — Die späteren Ansprachen — vor allem die traditionelle *Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium* (vgl. *Osservatore Romano* 22. 12. 73) und die *Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps* (vgl. *Osservatore Romano* 13. 1. 74) — galten der praktischen Anwendung der Friedensidee auf die internationalen Konfliktherde (Ansprache vor dem Kardinalskollegium) und auf die konkreten Aufgaben der Diplomatie im allgemeinen und der vatikanischen Diplomatie im besonderen (Ansprache an das Diplomatische Corps). Vor dem Kardinalskollegium, wo er kurz auch auf die „transformatorische“ Entwicklung in der Kirche der Nachkonzilszeit einging und bekannte Warnungen wiederholte, konzentrierte sich der Papst neben Vietnam und Nordirland vor allem auf den *Nahostkonflikt*. Dabei sprach er auch den *Status von Jerusalem* an (siehe unten) und erinnerte „an das Recht und mehr noch an die Pflicht, die uns auferlegt ist, uns dafür zu verwenden, daß jede eventuelle Regelung, die den Status von Jerusalem und der Heiligen Stätten in Palästina betrifft, den Erfordernissen des besonderen Charakters jener Stadt, die einzig dasteht in der Welt, und den Rechten und legitimen Ansprüchen der Angehörigen der drei großen monotheistischen Religionen entspricht...“ Gleichzeitig gab er einen deutlichen Hinweis auf die „legitimen Aspirationen der Hunderttausende“ der *Palästinaflüchtlinge*. In der Ansprache an das Diplomatische Corps, in der er die Diplomatie als Dienst des „Friedensstiftens“ definierte, setzte sich der Papst auch mit der Kritik am Diplomatischen Dienst des Vatikans auseinander. Er zitierte jene Kritiker, die die Kirche durch die diplomatische Aktivität des Vatikans kompromittiert sehen, die sagen, die Kirche erscheine so als „Macht unter anderen Mächten“, sie werde dadurch weniger frei und weniger glaubwürdig. Der Papst gab zu erkennen, daß er für die Stimmen, die von der Kirche mehr „prophetische Denunziation“ erwarten, Verständnis habe, verteidigte aber die päpstliche Diplomatie vor allem auch als einen wichtigen Faktor der Völkerverständigung.

Gleich dreimal in kurzer Zeit lösten *Gespräche des Papstes oder vatikanischer Stellen mit Arabern* Spekulationen über die römische Haltung zum *Jerusalem-Problem* aus. Am 14. Dezember empfing *Paul VI.* den tunesischen Präsidenten *Habib Bourgiba*, am 22. Dezember hatte er eine längere Unterredung mit dem äthiopischen Kaiser *Haile Selassie*, dem sudanesischen Präsidenten *Numeiri*, dem liberianischen Vizepräsidenten *Green* und dem Außenminister Sambias, *Mwanga*. Am 10. Januar schließlich wurde nach hartnäckigen Dementis im Vatikan be-

stätigt, daß der katholische palästinensische Flüchtling *Yussuf Khasko* im Auftrag der Palästinensischen Befreiungsfront im Vatikan den Standpunkt seiner Organisation über den Status Jerusalems und der Heiligen Stätten erläutert habe. Dies Gespräch („in einer privaten Angelegenheit“) habe bereits Mitte Dezember stattgefunden. Über das als privat bezeichnete Gespräch des Papstes mit Bourgiba wurde offiziell nicht mehr bekannt, als daß es stattgefunden hat und ca. 45 Minuten dauerte. Der tunesische Präsident hatte vorher allerdings angekündigt, er wolle das gesamte Nahostproblem unter besonderer Hervorhebung der Jerusalem-Frage zur Sprache bringen. Später zeigte er sich befriedigt über den Ausgang des Gesprächs, d. h. er habe „ausgezeichnete Dispositionen“ sowohl für den Frieden in Nahost als auch für Jerusalem beim Papst angetroffen. Das Gespräch mit den vier afrikanischen Politikern am 22. Dezember kam völlig überraschend und wurde als „kleine Gipfelkonferenz“ angesehen. Im Schlußkommuniqué ist von der Nützlichkeit und Notwendigkeit einer Fortsetzung der Kontakte die Rede. Grundsätzliche Übereinstimmung schien darüber zu herrschen, daß man die Heiligen Stätten und ganz Jerusalem nicht „der ausschließlichen Kontrolle einer einzigen Religion überlassen“ solle. Vielmehr müsse eine Lösung auf der Grundlage der UN-Resolution gefunden werden. Das Projekt einer Internationalisierung der Stadt dürfte Mittelpunkt der Unterredung gewesen sein. Allerdings sah sich der Vatikan veranlaßt, heftige Attacken der israelischen Presse mit dem Vermerk zurückzuweisen, man habe keineswegs die Lösung für Jerusalem „bereits in der Schublade“. Auch von anderer Seite wurde dem Papst vorgeworfen, mit diesem Treffen habe er die Haltung der Neutralität im Nahostkonflikt aufgegeben. Von arabischer Seite dagegen wurde Befriedigung über die Haltung des Papstes in der Jerusalem-Frage sowie über seine „Ratschläge“ geäußert. An der Auffassung, der Papst betreibe eine Internationalisierung Jerusalems, wurde inzwischen Zweifel geäußert. Bei den jetzigen Vorstellungen handelt es sich demnach nicht mehr um die früheren Pläne einer Internationalisierung der Stadt bei gleichzeitiger Auslösung aus dem israelischen Hoheitsgebiet, sondern eher um eine „Universalisierung“ (NCNS, 31. 12. 73), bei der Israel zwar „Hausherr“ bleibt, aber Garantien für die Freizügigkeit im Bereich der Heiligen Stätten gibt.

Katholische Organisationen bereiten *anlässlich des ersten Jahrestages der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA über die Abtreibung Proteste* großen Ausmaßes vor. Seit dem 22. Januar 1973 hat die Diskussion über dieses Urteil nicht nachgelassen (vgl. HK, 3, 1973, 121). Hauptzielsetzung der jetzigen Kampagne ist der Versuch, eine möglichst große Lobby zu schaffen, die sich im Kongreß für die Verabschiedung eines Zusatzartikels zur Verfassung einsetzt, der den Schutz menschlichen Lebens, ob ungeboren oder geboren, garantiert (NCNS, 10. 12. 73). Um dieses Ziel zu erreichen, muß man nach Meinung der Initiatoren der Protestaktionen nicht unbedingt Tausende von Menschen auf die Straße bringen. Viel wichtiger erscheint ihnen eine systematische „Bearbeitung“ der Kongreß-abgeordneten. Dies geschieht durch Briefe, noch stärker jedoch durch Herausforderung in Diskussionen und persönlichen Gesprächen. Nach einem genauen Plan wurden deshalb zum 22. Januar nach Washington Repräsentanten aller Kongreß-Distrikte eingeladen, die ihre Abgeordneten nachher systematisch „unter Druck setzen“ sollen, dieser Zusatzbestimmung zuzustimmen. In einem Schreiben an Präsident Nixon wird die-

sem zudem vorgehalten, was er in der Wahlkampfzeit 1972 Positives zum Schutz der Ungeborenen gesagt hat. Am 22. Januar sollte er sich auf dem Treffen in Washington zu seinem jetzigen Standpunkt äußern, da man seit 1972 keinerlei Initiative von seiner Seite mehr kennengelernt hat. Von einer Teilnahme Nixons verspricht man sich wichtige Impulse und stärkere Beachtung des Anliegens. Während für diesen Teil der Aktion eine „Nationale Jugend-Koalition für das Leben“ verantwortlich zeichnet, stellte die US. Catholic Conference allen Diözesen und Pfarreien, die den 1. Jahrestag begehen wollen, umfangreiches Informationsmaterial und Programmvorschläge zur Verfügung (NCNS, 11. 12. 73). So wurde ein „Modell“-Pastoralbrief entworfen. Ebenso machte man Vorschläge für eine verstärkte Hinzuziehung auch der nichtkatholischen Öffentlichkeit und erzieherische Maßnahmen. Ziel dieses Unternehmens ist es nach den Worten des Generalsekretärs der Katholischen Konferenz, Bischof *James Rausch*, Änderungen sowohl in den gesetzlichen Grundlagen als auch in der Meinung der amerikanischen Bevölkerung zu erreichen. Speziell in der Diözese Richmond soll der 22. Januar mit Gebet und Fasten begangen werden. Es soll ein „Tag der Buße für die Sünden am ungeborenen Leben“ sein. Spezielle Liturgien „zur Vergebung der privaten und nationalen Sünden gegen die Ungeborenen“ wurden ausgearbeitet. Durch das weitgehende Schweigen und die Untätigkeit hätten die Katholiken viel Schuld auf sich geladen bei dem Meinungsumschwung in der Bevölkerung. Hier gelte es nun Abhilfe zu schaffen (NCNS, 4. 1. 74). Von seiten der Bischofskonferenz der USA schließlich erging die Empfehlung an alle Diözesen, Pastoralbriefe zu verlesen, die Glocken läuten zu lassen und Großveranstaltungen und Märsche zu organisieren. Außerdem wurden die Gläubigen aufgefordert, sich in gezielten Briefen an die gesetzgebenden Kräfte auf allen Ebenen des Staates für eine Verfassungsänderung einzusetzen, ihren Einfluß in lokalen Rundfunk- und Fernsehprogrammen geltend zu machen, Leserbriefe an nichtkirchliche Zeitungen zu schreiben und Lichterprozessionen abzuhalten. Mit dem Vorschlag, ökumenische Erklärungen gegen die Abtreibung abzugeben, dürfte es allerdings nach den bisherigen Erfahrungen Schwierigkeiten geben.

Eine „Botschaft über Versöhnung“ mit konkreten Hinweisen auf die aktuellen Krisenpunkte in Afrika veröffentlichten die anlässlich der Konferenz der AMECEA, der Vereinigung der Bischofskonferenzen von Ostafrika, im Dezember in Nairobi versammelten Bischöfe (vgl. ds. Heft, S. 100). Ausgehend von

dem von Papst Paul VI. als Hauptthema für das Heilige Jahr genannten Ziel der Versöhnung setzen sich die Bischöfe dafür ein, „die beschädigten oder zerrissenen Bande der Einheit und Freundschaft zwischen Gott und dem Menschen und zwischen Mensch und Mensch wieder herzustellen, auf persönlicher und auch auf gemeinschaftlicher Basis“. Frieden mit Gott sei nicht möglich, wenn der Mensch nicht Frieden mit seinem Mitmenschen habe. Voraussetzung für dieses friedliche Zusammenleben ist es, daß die zwischenmenschlichen Beziehungen auf Gerechtigkeit und Liebe beruhen. Zwar sei diese Grundlage schon in vielen Ländern Afrikas geschaffen, doch längst noch nicht in jeder Hinsicht. Unnötige Einschränkung der persönlichen Freiheit, Lebensbedrohung durch übertriebene Gründe nationaler Sicherheit, soziale Ungerechtigkeit und eine Atmosphäre der Furcht — dies alles lasse erkennen, daß es „sogar in unseren unabhängigen Ländern vorkommt, daß ein Mensch durch den anderen ausgebeutet wird“. Wichtig erscheint der daraus gezogene Schluß, daß man erst die Fehler anderer Gesellschaften kritisieren könne, wenn man im eigenen Bereich für die Korrektur der Fehler gesorgt hat. Positive Beispiele wachsender Versöhnung zwischen verschiedenen Religionen und Völkern in vielen Teilen des Kontinents werden ebenso hervorgehoben wie das durch die Organisation für Afrikanische Einheit gewachsene Gefühl der Einigkeit und die ermutigende brüderliche Sorge innerhalb Afrikas für die von der Dürrekatastrophe betroffenen Länder. Die Betroffenheit über das Leiden der Menschen in diesen Gebieten sei groß, doch noch betrüblicher seien „die immer noch von Menschen zugefügten Leiden unserer Brüder und Schwestern in vielen anderen Teilen unseres Kontinents“. Besonders genannt werden in diesem Zusammenhang die „unmenschlichen Lebensverhältnisse, die unzählige Menschen durch Rassismus, unnachgiebigen Kolonialismus und manchmal sogar durch Stammesdünkel auferlegt werden“. Rassismus und Kolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent werden als Verletzung der Menschenwürde bezeichnet. Strikt weisen die Bischöfe „jeden unverschämten Versuch“ zurück, sich zu ihrer Rechtfertigung auf Christentum und Zivilisation zu berufen. Allen, die um das Recht der Selbstbestimmung kämpfen, sprechen die Bischöfe ihre Solidarität aus, verweisen aber eigens darauf, daß sich diese Selbstbestimmung nicht nur auf politische Freiheit, sondern auch auf religiöse und sittliche Freiheit beziehen müsse. Die Einigkeit der Bischöfe aus den fünf ostafrikanischen Ländern schließlich nehmen sie zum Anlaß, ihre Regierungen anzu-spornen, einen ähnlichen Schritt in Richtung auf Zusammenarbeit und Einigkeit zu vollziehen.

Bücher

WIM A. DE PATER: *Theologische Sprachlogik*. Kösel-Verlag, München 1971. 191 S., 19.80 DM.

JEAN LADRIÈRE: *Rede der Wissenschaft — Rede des Glaubens*. Kösel-Verlag, München 1972. 264 S., 28.80 DM.

Bis zum Erscheinen der beiden hier zu nennenden Bände blieb für das deutsche Sprachgebiet die auch generell weithin un-

bekannt gebliebene Diskussion um die Sprachanalytik bzw. Analytische Philosophie nahezu vollständig außerhalb theologischer Betrachtungsweise. So ist nicht zu verwundern, daß beide Bände Übersetzungen sind, konnte sich doch die angelsächsische und die ihr zugewandte Theologie dieser Auseinandersetzung schon des längeren nicht entziehen, wenn es auch hier nur wenige Theologen waren, die sie aufnahmen. Bezeich-